

Périodique du Mouvement Ecologique asbl • Paraît au moins 12 fois par an
6, rue Vauban, L-2663 Luxembourg, Tél 43 90 30, Fax 42 22 42
E-mail: meco@emweltzenter.lu, Homepage: www.emweltzenter.lu



de **info**
Kéisecker

Februar n°2/2002

editorial

Natur- und Landschaftsschutz - quo vadis?

In der Diskussion über "Luxemburg - 700.000 Einwohnerstaat" sind in den letzten Monaten eine Reihe von Problemen besonders angesprochen worden: die Problematik der kulturellen und sprachlichen Integration, der Bedarf an zusätzlichen Infrastrukturen u.a. im schulischen bzw. im Transportbereich, (ansatzweise) der Druck auf dem Wohnungsmarkt und die damit verbundene (Un-)Erschwinglichkeit von Wohnungen u.ä.m.

Die Tatsache, daß aufgrund der immer weiter schreitenden Siedlungsentwicklung (Lotissements, Aktivitätszonen, Straßenprojekte...) die Zerschneidung der Naherholungsgebiete der Menschen und die Bedrohung für schutzwürdige Lebensräume und Landschaften zunimmt, ist dabei (erstaunderweise) weniger thematisiert worden.

Die Zerschneidung der Landschaft erfolgt im Laufe der Jahre auf "schleichende", jedoch kontinuierliche Art und Weise: dies mag eine Ursache dafür sein, daß viele Menschen sich in ihrem realen Ausmaß erst wahrnehmen, wenn es zu spät ist, um zu reagieren. Wer nicht per Fuß an einem Wochenende in seiner direkten Umgebung spazieren gehen kann, sondern sich dafür zunächst mit dem Wagen "fort" bewegen muß, wird sich erst bewußt, wie weit die Entwicklung schon fortgeschritten ist. Die "Verinselung" von Natur und Landschaft ist im Begriff, besonders im Süden und Zentrum des Landes, z.T. extreme Formen anzunehmen. Die "zone verte interurbaine" zwischen Süden und Zentrum läuft Gefahr unkoordinierten Siedlungs- und Infrastrukturprojekten zum Opfer zu fallen. Im Westen der Hauptstadt (Cloche d'Or - Gasperich - Strassen - Bartringen - Leudelingen) ist ein regelrechter "Siedlungsbrei" im Entstehen, gleiches gilt für den Osten (Findel - Sandweiler).

Wie kann der Wert von zusammenhängenden Natur- und Landschaftsteilen politisch vermittelt werden? Diese zentrale Fragestellung wird für den Mouvement Ecologique in den nächsten Monaten verstärkt im Mittelpunkt stehen.

Zwei Elemente dürften dabei im Vordergrund stehen: Die Schutzwürdigkeit der Natur muß in weitaus größerem Ausmaß als bisher wissenschaftlich begründet werden (siehe dazu den Beitrag "Weï eng Naturschutz-Strukturen fir Lëtzebuerg" in dieser Ausgabe). Dies kann nur im Rahmen einer weitgehenden Professionalisierung des Naturschutzes erfolgen: dies bedingt eine interdisziplinäre Arbeit von Fachleuten. Die aktuelle personelle Besetzung der Forstverwaltung bildet dazu nicht die notwendige fachliche Grundlage. Über die Frage von entsprechenden Verwaltungsreformen hinaus, ist jedoch auch ein Zusammenspiel aller Akteure notwendig - ggf. auch im Hinblick auf die Gründung einer wissenschaftlichen Naturschutzinstanz. Wer gesellschaftliche Akzeptanz für Natur- und Landschaftsschutz haben möchte, muß auch die dafür notwendigen Belege der Schutzwürdigkeit bzw. der Effizienz von Naturschutzmaßnahmen liefern.

Neben einer stärkeren Professionalisierung ist jedoch etwas anderes gefragt: wer Natur und Landschaften den Menschen näher bringen möchte, der muß die kulturhistorische und alltagsbezogene Bedeutung stärker als bisher in den Vordergrund stellen. Es geht - neben der Artenvielfalt und der Besonderheit eines Lebensraumes - letztlich auch um das Naherholungsgebiet der Menschen, um den Naturraum, in dem die Menschen aufgewachsen sind oder in dem sie nun leben: die Identifikation mit der eigenen Region, mit dem Besonderen, was diese, ihre Region ausmacht! Es geht nicht mehr nur darum, einer allgemeinen Forderung ("Weï eng Landschaft fir muer?") zum Durchbruch zu verhelfen, sondern darum, bezogen auf die jeweilige Region, eine sehr konkrete Zukunftsdebatte mit allen Akteuren (Bürgerinnen, Gemeinden, Interessengruppen wie Land- und Forstwirtschaft, wirtschaftliche Akteure...) zu führen.

Es gibt eine Reihe von Gründen, die für ein Wachstum unserer Bevölkerung sprechen; es gibt jedoch auch Grenzen des Wachstums: sie liegen in der für die Menschen dieser und zukünftiger Generationen zur Verfügung stehenden Lebensqualität. Die Frage nach einer politischen Steuerung der Entwicklung: sie wird mit jedem Tag akuter!

De Mouvement Ecologique luedt heimatt all Mëmber häerzlech an op e **Mëmberforum** / Informatiouns- an Diskussiounsowend zum Thema

Transportpolitik: Wat sin d'Pläng vun Transport-, Bauten- an Inneministère? Weï geet et weider?

de Meinden, den 25. Februar um 20.00 am "Sang a Klang",
vis-à-vis vum Ekologeschen Zenter Pafendall,
6, rue Vauban, L -2663 Luxembourg

Vill gët am Moment iwwert de Projet "mobilité.lu" vum Transportministère zum Ausbau vum Schinnenetz zu Letzebuerg geschwat?

Fir Diskussiounsstoff huet awer och gesuergt, datt de Mouvement Ecologique d'Pläng vun der Stroossebauverwaltung fir nei Stroossen queesch duurch d'Land ze bauen, veröffentlecht huet.

Ma dach ass et fir den Einzelnen relativ schwéier nozevollzéien, wat dann elo genau geplangt ass. Wou solle nei Schinne kommen? Wuer eng nei Gaar? A weï engem Zäitplang? Weini ginn di nei Stroossen décidéiert? Dëst si Froën, déi sech muench Interesséierten wuel stellt.

De Mouvement Ecologique luedt duefir an op e Mëmberforum, wou d'Projeten

am Détail virgestallt gin. Am zweeten Deel vum Owend soll dann eng offen Diskussioun sin, wat di weider Strategie vum Mouvement Ecologique an diem Beräich soll sinn.

Programm:

1. Virstellungen vun de geplangten Stroossebauprojeten.
 2. Nei Projeten am Beräich vum Schinnenetz, virgestallt vun engem Vertrieeder vun der CFL
 3. D'Iddi vun engem integréierten Verkéiers- a Landesentwécklungskonzept.
- D'Virträg gi mat Overhead-Projektione mi anschaulech gemaach.

Vorankündigung:

Nationale Generalversammlung 2002 des Mouvement Ecologique asbl.
am Samstag, den 9. März 2002 von 14h30 - 18h30 in **Bettemburg**
(Château de Bettembourg)

Neben dem statutarischen Teil der Generalversammlung sieht die Tagesordnung Kurzvorträge, Resolutionen und Diskussionen zum Thema

Zweet Halschent vun der Legislaturperiod: Nei Erausforderungen am Natur- a Landschaftsschutz - nei Weichstellungen an der Transportpolitik!

Daneben werden die Resultate der internen Umfrage bei den MitgliederInnen in Form einer Poster-Session vorgestellt werden.

Am Abend findet ein gemeinsames Abendessen für alle interessierte MitgliederInnen in einem lokalen Restaurant statt.

Eis Meenung

Treibjagd im "Bambesch": Die Lehre ziehen!

Für Aufruhr sorgte rezent die Treibjagd, die im "Bambesch" durchgeführt wurde. Auch der Mouvement Ecologique gab eine Stellungnahme ab und machte vor allem Vorschläge, wie eine derartige Situation in Zukunft verhindert werden könnte (siehe Pressemitteilung im folgenden).

Entsprechende Anregungen wurden auch an das Umweltministerium sowie den "Conseil Supérieur de la Chasse" weitergeleitet.

Zur Diskussion über die für nächsten Dienstag geplante Treibjagd im «Bambesch» möchte der Mouvement Ecologique aufgrund von Anfragen interessierter BürgerInnen folgende Stellungnahme abgeben.

Tatsache ist, daß die Schalenwildbestände (Reh, Hirsch, Wildschein) in Luxemburg um ein vielfaches zu hoch sind. Dies hat u.a. auf das Ökosystem Wald z.T. sehr negative Auswirkungen: so wird u.a. die Artenvielfalt in der Kraut- und Strauchschicht durch Verbiß in großem Ausmaß reduziert bzw. in ihrer Zusammensetzung nachteilig verändert. Eine natürliche Waldverjüngung wird dadurch z.T. ebenfalls in Frage gestellt.

Viele Ursachen haben zu dieser unhaltbaren Situation geführt: nicht nur das Fehlen der großen Beutegreifer, sondern vor allem auch die sogenannte jagdliche Hege mit ihren Wildfütterungen und nicht angepaßten Bejagungsmethoden. Die Stürme Anfangs der 90iger Jahre haben zusätzliche Deckungs- und Äsungsmöglichkeiten für die Wildtiere eröffnet und vor allem für eine Zunahme der Wildschweine gesorgt.

Eine zielorientierte und angepaßte jagdliche Nutzung der Wildbestände im Interesse einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Ökosysteme ist deshalb sinnvoll und geradezu notwendig. Diese Feststellung trifft auch für Erholungswälder wie z.B. den «Bambesch» zu.

Über diese grundsätzlichen Überlegungen hinaus stellen sich in Bezug auf die geplante Treibjagd im «Bambesch» jedoch auch folgende Fragen:

- Warum war es nicht möglich im Vorfeld der nunmehr festgelegten Treibjagd in aller Objektivität eine Reihe von Fakten darzulegen? So z.B.: Welches ist der reelle Wildbestand im «Bambesch»? Über welches Konzept verfügen die verantwortlichen Stellen, was die weitere jagdliche Bewirtschaftung des «Bambesch» betrifft? Warum gerade die Priorität auf einen Erholungswald, wie den «Bambesch» legen, und nicht auf andere Jagdreviere, wo z.T. weit größere Wildschäden zu verzeichnen sind, ohne daß in dieser Form reagiert wird?

Ein Mehr an Information zu einem früheren Zeitpunkt hätte auch eine fachlich begründete Diskussion über das Pro und Kontra bzw. die Festsetzung von Prioritäten ermöglicht.

- Darüber hinaus ist es bedauerenswert, daß – statt sich offen zur Problematik der Wilddichte zu stellen und notwendige Maßnahmen in einem Gesamtzusammenhang zu diskutieren – nunmehr doch eher zweifelhafte Argumente ins Feld geführt werden. Dazu zählt auch die Aussage, es gelte angesichts der im Osten (!) grassierenden Wildschweinepest die hohe Schwarzwildichte unter 2 Tiere pro 100 ha zu drücken. Eine Aufschuechung

der Rotten bzw. eine Zuwanderung von Tieren in die nunmehr "leeren" Reviere läßt wohl eher eine schnellere Verbreitung der Krankheit befürchten.

- Unzulässig ist, daß es gleichzeitig mit der Dezimierung der Wildschweine nun auch den Füchsen an den Kragen gehen soll. Der Vorwand, man müßte die Verbreitung des Fuchsbandwurms erfassen, macht den Sinn dieser Treibjagd nicht glaubhafter. Eine Analyse der vielen hundert Füchse, die alljährlich in den verschiedenen Jagdrevieren geschossen werden, würde bestimmt wissenschaftlich bedeutend aussagekräftigere Resultate liefern hinsichtlich der Gefahren der Echinococcose als die am 22.Januar zu erwartende Fuchsstrecke. Es sei denn, man versuche auch bei dieser Tierart eine (an sich illusorische) und (in punkto Notwendigkeit) umstrittene Bestandsverminderung durchzuführen.

Für den Mouvement Ecologique erscheint es notwendig, über Leitlinien für die weitere jagdliche Bewirtschaftung der Wälder im allgemeinen und des «Bambesch» im besonderen nachzudenken. So ist es unerlässlich, mittelfristig eine Reglementierung der Wildfütterung im Hinblick auf ihre vollständige Abschaffung zu verabschieden und gleichzeitig klare Regelungen betreffend die Jagdmethoden festzulegen.

- Damit eine Situation wie die jetzige in Zukunft verhindert wird, ist es unabdingbar (ggf. unter Mitwirkung des Obersten Jagdrates) eine unabhängige fachliche Instanz zu beauftragen, Leitlinien zu definieren, ab welcher Grenze eine Wilddichte bzw. ein entstandener Wildschaden für das Ökosystem Wald als noch verträglich angesehen werden können oder nicht / ab welchem Zeitpunkt ein Einschreiten

Oeko-Foire 2002: ein Aufruf zur Mitarbeit



Die Vorbereitungen laufen im Hinblick auf die Organisation der Oeko-Foire 2002, die vom 13. - 15. September 2002 stattfinden wird. Es handelt sich um die 15. Oeko-Messe: Grund genug, um ein besonderes Angebot zusammenzustellen.

Wer interessiert ist bei den Vorbereitungsarbeiten mitzumachen, soll sich per Girenges Telefon (439030) oder per e-mail melden! Gesucht werden MitgliederInnen, die Zeit und Lust haben bis Juli pro Monat an einer Sitzung von 2 - 3 Stunden teilzunehmen oder in einem besonderen Bereich mithelfen möchten. So z.B. bei der

- Anwerbung potentieller Aussteller für die Messe (auch im Grenzraum)
- Zusammenstellung des kulturellen Begleitprogrammes (Musikgruppen, Show-Einlagen, Kabarett...)
- Koordination bzw. der Erstellung des "gastronomischen" Angebotes
- (ehrenamtlichen) Sekretariatsarbeit im Vorfeld der Messe (u.a. Versenden von Material).

legitim ist der aber nicht und entsprechend klare und verbindliche Richtlinien für die jagdliche Praxis festlegt.

- Jagd muß einerseits auf einer nachvollziehbaren (fachlich begründeten) wildbiologischen und ökologischen Grundlage erfolgen und ist andererseits auch auf einen gesellschaftlichen Konsens angewiesen.

Im Spiegel der Presse

Mouvement Ecologique" zur Treibjagd im „Bambesch“ Jagd auf gesellschaftlichen Konsens angewiesen

Aus dem Tageblatt 19.1.2002



Die Wildschweine sind mittlerweile zur Plage geworden

betürchen.“ Letztere Einschätzung ist wohl eher spekulativ, merkwürdig ist zweifellos die Begründung der Treibjagd im Herzen des Landes mit der Wildschweinepest im Lande... Der „Mouvement ecologique“ fordert schärflich eine „Reglementierung der Wildfütterung im Hinblick auf ihre vollständige Abschaffung“ und gleichzeitig klare Regelungen betreffend die Jagdmethoden. Es sei unabdingbar, eine unabhängige fachliche Instanz zu beauftragen, Leitlinien zu definieren, ab welcher Grenze eine Wilddichte bzw. ein entstandener Wildschaden für das Ökosystem Wald als noch verträglich angesehen werden könne oder nicht, ab welchem Zeitpunkt ein Einschreiten

Zeitpunkt ein Einschreiten legitim ist oder aber nicht und entsprechend klare und verbindliche Richtlinien für die jagdliche Praxis festlegt. Jagd muß einerseits auf einer nachvollziehbaren (fachlich begründeten) wildbiologischen und ökologischen Grundlage erfolgen und ist andererseits auch auf einen gesellschaftlichen Konsens angewiesen.“ Dies ist sicher ein sinnvoller Lösungsweg, ob der Vorschlag jedoch bei den nunmehrigen Administrativen Geber finden wird, bleibt abzuwarten. Wie werden in der kommenden Woche auf das Thema zurückkommen. C.M.

Eine interessante Stellungnahme des „Mouvement ecologique“ zur am Dienstag anstehenden Treibjagd auf Wildschweine (wir berichten) enthält eine Reihe von Verbesserungsvorschlägen sowohl zur Wild-Bestandskontrolle als auch zum Schutz des Ökosystems Wald.

TREIBJAGD IM BAMBESCH "Eine sanitäre Mission"

Aus dem Woxx 18.1.2002

Warum eine Treibjagd im Bambesch veranstalten? Die Stadt Luxemburg und andere Organisationen meinen, gute Gründe zu haben. Doch auch SkeptikerInnen und GegnerInnen haben ihre Argumente.

(OS) -Rede und Antwort wollte man stehen, erklärte am Donnerstagmorgen Paul Helinger, Bürgermeister der Stadt Luxemburg, die Privatkonferenz zur Vorbereitung der Treibjagd im „Bambesch“. „Diese Jagd ist kein teurer Akt, wie gemeinhin wird“, so der Bürgermeister. Umweltschützer Jean-Paul Rippinger präziserte: „Was wir da machen, ist eine sanitäre Mission.“ Auch Helmer aus Schifflange, Forstverwaltung, Veterinärinspektion und Polizei waren anwesend, um das umstrittene Verfahren zu rechtfertigen.

Wéi eng Naturschutz-Strukturen fir Lëtzebuerg?

Unter diesem Titel veranstaltete der Mouvement Ecologique am 7. Februar 2002 im Ökologischen Zentrum Pfaffenthal eine Diskussion, an der Vertreter der Forstverwaltung, des Naturhistorischen Museums, der Naturparksyndikate (Obersauer, Ourtal), des Naturschutzsyndikates Sicon, der Stiftungen "Hëllef fir d'Natur" und "Öko-Fonds", der Natur- und Vogelschutzliga sowie der "Société des Naturalistes" teilnahmen. Auch der Präsident der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer, E. Calmes sowie C. Gira, Mitglied dieser Kommission, hatten die Einladung angenommen.

Im Vorfeld zu dieser Sitzung fand ebenfalls eine Sitzung mit Umweltminister Ch. Goerens sowie Staatssekretär Eug. Berger statt.

Als Referent hatte der Mouvement Ecologique Herrn Dr. Martin Woike, Leiter der Abteilung "Ökologie, Naturschutz und Landschaftspflege" der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen eingeladen.



VertreterInnen des Naturhistorischen Museums, des Naturschutzdienstes der Forstverwaltung, der Naturpark- bzw. Gemeindeförderung sowie der Nichtregierungsorganisationen nahmen an der fruchtbaren Diskussion über die zukünftige Naturschutzpolitik teil

kommen für Luxemburg höchstens drei bis vier biologische Stationen in Frage. Als minimale "Ausstattung" für eine Station ist eine gewisse interdisziplinäre Besetzung mit min. 2-4 Fachleuten (Biologe, Landschaftsökologe, Agraringenieur...) zu sehen. Eine biologische Station mit einer Person zu besetzen erscheint aus naheliegenden Gründen nicht sinnvoll.

der Kommission zustellen. Verschlechtert sich nämlich die Situation, müssen Maßnahmen ergriffen werden.

Dies stellt den Luxemburger Naturschutz, wie auch denjenigen in anderen EU-Ländern, vor völlig neue Herausforderungen. Hier genügt es nicht mehr mit Hurra-Aktionen bzw. einem gewissen Aktivismus, Naturschutz zu betreiben: notwendig ist vielmehr, auf der Grundlage von wissenschaftlichen Erhebungen, sehr gezielte Maßnahmen in die Wege zu leiten, um bestimmte Lebensräume zu erhalten bzw. wiederherzustellen. Dabei kommt es, laut Dr. Woike, nicht so sehr auf einen akribischen Nachweis aller Pflanzen- und Tierarten an, sondern es gilt eher bestimmte Indikator-Arten (insbesondere Pflanzenarten oder ausgewählte Tiertarten) zu erheben.

Das Beispiel Nordrhein-Westfalen

In Nordrhein-Westfalen arbeitet ein Netz von 42 Biologischen Stationen mit jeweils zwei bis fünf Wissenschaftlern auf regionaler Ebene an

- der Erhebung wissenschaftlicher Daten über den Zustand von Lebensräumen, die Beobachtung von Bestandsveränderungen von Tier- und Pflanzenarten sowie der Kontrolle von Naturschutzmaßnahmen (Effizienz);
- der Umsetzung des sog. Vertrags-Naturschutzes: vertragliche Kontrakte mit Land- und Forsteigentümern, Beratung bei der Bewirtschaftung;
- der Öffentlichkeitsarbeit im Bereich "Natur in der Region".

Eine Koordinierung der Arbeit der biologischen Stationen erfolgt auf der Ebene der Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten. Hier werden auf Landesebene Konzepte und Rahmenpläne für die Planung von Schutzgebieten und einer Vernetzung von Lebensräumen erstellt. Auch werden für die biologischen Stationen einheitliche Bewertungsraster für die Überwachung der Lebensräume erarbeitet (demnächst als einheitliche Software verfügbar).

Luxemburg hat großen Nachholbedarf

Luxemburg hat in diesem Zusammenhang einen großen Nachholbedarf. Zur Zeit gibt es eine biologische Station (Westen). In diesem Jahr werden drei weitere Stationen folgen: dies im Naturpark Obersauer, im (zukünftigen) Naturpark Ourtal sowie im Bereich des Gemeindeförderungssyndikates SIAS.

So positiv diese Entwicklung auch ist, sie bringt auch Probleme mit sich: nach Aussagen von Dr. Woike

Die Landesanstalt für Ökologie, Bodenordnung und Forsten gibt vierteljährig ein äußerst interessantes Heft heraus ("LÖBF-Mitteilungen"). Die Veröffentlichung kann abonniert werden (10,- DM einschließlich Porto). Bestellungen richten an: Druck- und Verlagshaus Bitter GmbH & Co Postfach 10 02 53 D-45602 Recklinghausen Tel. 0049 23 61 60 060.

Naturschutz braucht Akzeptanz ...

so der Tenor der Ausführungen von Dr. Woike. Und diese Akzeptanz sei nur dann gegeben, wenn der Naturschutz mit Hilfe u.a. von wissenschaftlich begründeten Unterlagen die Schutzwürdigkeit von Landschaftsteilen nachweisen kann. In Nordrhein-Westfalen gibt es diesbezüglich ein, jedem Bürger zugängliches (!), flächendeckendes (!) Biotopkataster im Maßstab 1:5000, in welchem alle schutzwürdigen Gebiete und Biotope aufgenommen sind. Daneben gibt es einen landesweiten Fundortkataster, in dem die Beobachtungen wichtiger Pflanzen- und Tierarten festgehalten werden.

... und somit eine wissenschaftliche Grundlage!

Die EU-Habitat-Direktive hat bekanntlich als Ziel die Schaffung eines europaweiten Netzes von Schutzgebieten. Auch Luxemburg hat 38 Gebiete nach Brüssel gemeldet. Im Jahre 2004 sollen Pflegepläne mit Maßnahmen für diese Gebiete vorliegen, spätestens 2006 muß auch Luxemburg einen offiziellen Bericht verfassen, in wiewfern Lebensräume und Arten in diesen Gebieten erhalten wurden oder nicht. Danach müssen die Mitgliedsstaaten in einem 6-jährigen Rhythmus den Erhaltungszustand untersuchen und diese Ergebnisse

Die Frage stellt sich, wie nun die aktuellen positiven Initiativen in ein kohärentes Ganzes eingebettet werden können, was sowohl aus wissenschaftlicher, wie auch aus organisatorischer Sicht Sinn macht: wie kann ein flächendeckendes System sowohl an biologischen Stationen, als an Naturschutz-Syndikaten entstehen?

Ähnlich wie in Nordrhein-Westfalen wird es darüber hinaus notwendig sein - und darüber bestand ein großer Konsens in der Diskussionsrunde - eine wissenschaftliche Koordination der Arbeitern zu gewährleisten. Hierzu bieten sich de facto nur zwei Möglichkeiten an:

- die Übertragung dieser Rolle an das naturhistorische Museum (das jedoch nicht dem Umweltministerium, sondern der Kultur- und Hochschulministerium untersteht) oder
- die Schaffung einer Institution öffentlichen Rechts ("Nationales Institut Habitate-Flora-Fauna"), in dessen Verwaltungsrat alle Akteure (Kulturministerium mit Museum, Umweltministerium, Gemeindeförderung, Naturschutzorganisationen und -stiftungen) vertreten wären und das über eine begrenzte Anzahl von biologischen Stationen verfügen würde, die in enger Absprache mit den Gemeindeförderungssyndikaten arbeiten würden.

In dieser Perspektive wäre es ebenfalls notwendig, eine klare Abgrenzung der Aufgaben der verschiedenen Akteure (Umweltministerium, Naturschutzdienst, Gemeindeförderung, biologische Stationen, Studienbüros, Stiftungen...) im Rahmen eines Diskussionsprozesses in die Wege zu leiten.

Zukunftsperspektive "Naturschutz": von hoher Aktualität

Im Vorfeld der Diskussionsrunde fand ebenfalls eine längere Unterredung des Mouvement Ecologique in Präsenz von Dr. Woike mit Umweltminister Charles Goerens und Staatssekretär Eugène Berger statt. Dabei wurde die Notwendigkeit einer wissenschaftlich begründeten Naturschutzpolitik, ihren Zielen und den möglichen Instrumenten im Detail diskutiert.

In den nächsten Wochen steht übrigens in der Umweltkommission der Abgeordnetenkammer die Diskussion der Abänderung des Naturschutzgesetzes an, die u.a. die Integration der Biodiversität und Habitat-Richtlinie in das Gesetz zum Ziel hat.

Der Mouvement Ecologique wird in den nächsten Tagen im Rahmen einer Pressekonferenz eine öffentliche Stellungnahme zu dem gesamten Fragekomplex abgeben.

Regenwasser-Nutzungsanlagen: Mouvement Ecologique fordert Wiedereinführung von Fördermaßnahmen



Sie erinnern sich vielleicht: kurz nachdem die Verlagerung der Kompetenzen für den Bereich der Wasserwirtschaft vom Umwelts Innenministerium entschieden worden war, wurden die staatlichen Hilfen für Privatpersonen, die Regenwasseranlagen einrichten, abgeschafft.

Der Mouvement Ecologique hatte ein Gutachten anfertigen lassen, in dem die Argumente die zur Abschaffung dieser Unterstützung führten, widerlegt wurden.

Positiv ist deshalb, daß sich die Kommission "des affaires intérieures" der Abgeordnetenkammer nunmehr den Innenminister aufgefordert hat, diese Fördermaßnahmen wieder einzuführen.

Die Stellungnahme des Mouvement Ecologique hat sonder Zweifel zu dieser Entscheidung der Abgeordneten beigetragen. Ebenso wie die Konsequenz u.a. von Camille Gira (Déi Gréng), der das Dossier auf die Tagesordnung der Kommission brachte, wie auch der Vorgehensweise des Präsidenten der Kommission, Marco Schank (CSV).

Zu hoffen bleibt, daß der Innenminister sich die Empfehlung der Abgeordneten zu Herzen nehmen wird.

Im folgenden veröffentlichen wir die Zusammenfassung der Stellungnahme des Mouvement Ecologique. Das Detailgutachten kann auf der homepage www.emweltcenter.lu eingesehen werden.

Während Jahren förderte das Umweltministerium finanziell die Einrichtung von Regenwasser-Nutzungsanlagen. Ziel einer derartigen Anlage ist das Einsparen von wertvollem Trinkwasser, indem Regenwasser zur Toilettenspülung, Gartenbewässerung, Bürgersteigreinigung u.ä., für die Waschmaschine sowie für Putzen und Reinigen genutzt wird. Theoretisch liessen sich derart bis zu 50% des ProKopfverbrauchs an Trinkwasser (ca. 140 L/Tag in Luxemburg) einsparen.

Nachdem die Kompetenzen für die Wasserwirtschaft an das Innenministerium übertragen wurden, schaffte dieses die staatlichen Subventionsprogramme ab. Nach einer parlamentarischen Anfrage von Emile Calmes sowie Gusty Graas sowie einer Motion von Camille Gira wird an diesem Mittwoch nun in der Kommission «affaires intérieures» der Abgeordnetenkammer über dieses Dossier diskutiert. Aus diesem Grunde veröffentlicht der Mouvement Ecologique eine Stellungnahme, in dem die bisher angeführten Argumente des Innenministeriums widerlegt und die

Wiedereinführung der Fördermaßnahmen gefordert wird. Grundlage für die Stellungnahme des Mouvement Ecologique ist ein diesbezügliches fachliches Gutachten, das die Umweltgewerkschaft beim "CRTE / CRP Henri Tudor" in Auftrag gegeben hatte.

Fachgerecht ausgeführte Installation von Regenwasser-Nutzungsanlagen gewährleistet hohe Wasserqualität!

Das Risiko einer mikrobiologischen Verschmutzung des Trinkwassers bei nicht fachgerechter Installation der Regenwassernutzungsanlage ist theoretisch gegeben. Bei einer Installation oder Abnahme durch staatlich anerkannte Firmen und bei entsprechender Kennzeichnung jedoch ist dieses Risiko vernachlässigbar. Untersuchungen haben gar ergeben, daß sorgfältig geplante und gebaute Anlagen im Normalfall eine Wasserqualität aufweisen, die höher liegt als die Qualität, die vom Gesetzgeber für Badegewässer vorgeschrieben wird.

Regenwassernutzung (auch) aus der Sicht des Allgemeininteresses her sinnvoll!

In seiner Antwort auf die erwähnte parlamentarische Anfrage vertritt das Innenministerium die Ansicht, Besitzer von Regenwassernutzungsanlagen müßten im Sommer verstärkt auf Trinkwasser zurückgreifen, da ihre Anlagen dann leer seien. Dies führe zu einer Steigerung des Trinkwasserverbrauchs bei Zeiten, wo bereits Spitzen vorliegen. Hierbei würden die Besitzer der Anlagen eine Dienstleistung nutzen, für welche sie wenig zahlen würden. Auch diese Aussage trifft nicht zu. Regenwasserspeicher besitzen je nach Auslegung im Normalbetrieb bei einem Volumen von 36 m³ eine Autonomie von 23 Wochen (Haushalt von vier Personen). Aus den durchschnittlichen Niederschlagswerten in LuxemburgStadt läßt sich berechnen, daß bei einer Sammelfläche von 20 m² / pro Kopf selbst in den Monaten mit den niedrigsten Niederschlagswerten 25% des Trinkwasserverbrauchs eingespart werden können. Der Gesamtverbrauch im Vergleich zu einem normalen Haushalt liegt also noch immer tiefer. Was die Dienstleistung der Trinkwasserversorgung angeht, so wird auch im Normalfall über 50% des Wassers über das Trinkwassernetz bezogen und über Gebühren bezahlt. Das Argument des Innenministeriums ist somit schwer nachvollziehbar.

Für die Einführung einer, dem Verursacherprinzip entsprechenden, gerechteren Gebührenordnung!

Die Regenwassernutzer, so das Innenministerium, leiten das verschmutzte Regenwasser in die Kanalisation ein, ohne dafür Gebühren zu bezahlen. Dies käme einer ungerechten Verteilung der Abwassergebühren gleich unter der Annahme, daß die Abwassergebühren in der Regel auf der Basis des Trinkwasserverbrauchs berechnet werden.

Eine Berechnung der Abwassergebühren auf der Basis des Trinkwasserverbrauchs alleine, so wie in Luxemburg üblich, entspricht nach Ansicht des Mouvement Ecologique nicht dem Verursacherprinzip, wie es beispielsweise in der neuen Wasserrahmenrichtlinie der EU gefordert wird. Im Fall der in Luxemburg weit verbreiteten Mischkanalisation wird z.B. auch das auf den versiegelten Flächen anfallende Regenwasser in die Kanalisation eingeleitet, ohne, daß diese durch Gebühren abgedeckt ist. Die erforderlichen Kapazitäten in Kanalisation und Klärwerken werden von der Allgemeinheit bezahlt.

Der Regenwassernutzer hingegen leidet insgesamt eine um bis zu 30% reduzierte Gesamtmenge an Wasser (Regen und Schmutzwasser) in die Kanalisation. Diesem Umstand muß in der Gebührenordnung ebenfalls Rechnung getragen werden.

Eine gerechtere Gebührenordnung wäre die „gesplittete“ Abwassergebühr. Dieser Gebührenmaßstab, welcher bereits in 40% der deutschen Kommunen Anwendung findet, setzt sich zusammen aus einer höheren Gebühr für Schmutzwasser und einer tieferen für das weniger stark belastete Regenwasser. Letztere wird berechnet auf der Basis der versiegelten Fläche. Somit werden auch Maßnahmen wie die Regenwasserversickerung vor Ort finanziell interessant.

Es wäre gerade die Aufgabe des (immer noch) im Aufbau befindlichen Wasserwirtschaftsamtes, solche innovativen Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Regenwasser-Nutzung im Sinne einer Erhaltung des natürlichen Gleichgewichtes

Das Innenministerium ist des Weiteren der Meinung, daß die Regenwassernutzung nicht zu einer Reduktion der Grundwassernutzung, sondern lediglich zu einer Reduktion der Nutzung des Oberflächenwassers aus dem Stausee führen würde. Hieraus leitet das Innenministerium einen geringen ökologischen Nutzen der Regenwassernutzung ab.

Diese Argumentation ist schwer nachvollziehbar. Da viele Gemeinden zuerst auf ihre eigenen Quellen zurückgreifen - und dann erst auf ihr Syndikat- und schließlich auf SEBES-Trinkwasser - führt eine ganzjährige Regenwassernutzung zu einer Reduktion des Trinkwasserkonsums. Die Grundwasserreserven werden geschont. Die Entnahme an den Quellen wird reduziert (was u.a. auch den Wasserläufen zugute kommt), die Grundwasserreserven werden geschont und das natürliche Gleichgewicht bleibt erhalten.

Fazit: Regenwassernutzung ist ökologisch sinnvoll und hilft Trinkwasser sparen

Die Nutzung von Regenwasser ist ökologisch sinnvoll und stellt eine Ersparnis von Trinkwasser dar. Die Regenwassernutzung sollte dabei Teil einer nachhaltigen Regenwasserbewirtschaftung sein, bei der Maßnahmen wie lokale Versickerung, Entseelung von bebauten Flächen, Dachbegrünungen, etc. ebenfalls gefördert werden. Wie in anderen Ländern vorgezeigt können dem Verursacherprinzip angepaßte Gebührenordnungen finanzielle Anreize für einen verantwortlichen Umgang mit der Ressource „Wasser“ bieten.

Der Mouvement Ecologique richtet somit einen Aufruf an den Innenminister, im Rahmen eines nachhaltigen Wasserwirtschafts-Konzeptes im Budget 2003 die Fördermaßnahmen wieder einzuführen und eine entsprechende Sensibilisierung in die Wege zu leiten.

Am Brennpunkt

Forstwirtschaft und Naturschutz

Unterredung mit dem neuen Direktor der Forstverwaltung

Am 30. Januar 2002 hatte eine Delegation des Mouvement Ecologique eine längere Unterredung mit dem neuen Direktor der Forstverwaltung, Herrn Jean-Jacques Erasmay, im Laufe des Gesprächs, das in einem sehr offenen und fruchtbaren Klima verlief, wurde eine Vielfalt von Themen angeschnitten.

Forstwirtschaft

Seitens des Mouvement Ecologique wird festgestellt, daß nur eine sehr begrenzte Anzahl von Gemeinden über sog. Zehnjahrespläne im Forstbereich verfügt. Im Sinne einer mittelfristigen Planung, die auch verstärkt die verschiedenen Interessengruppen auf lokaler Ebene miteinbezieht, sollten solche Pläne bzw. sog. Waldfunktionskarten (mit den ggf. unterschiedlichen Nutzungsschwerpunkten von Waldparzellen) in der Zukunft gefördert werden. Für J.J. Erasmay kann eine verstärkte öffentliche Diskussion über die Nutzung bzw. Bewirtschaftung des öffentlichen Waldes nur von Vorteil sein, um so zu einem möglichst breiten Konsens zu kommen. Er stellt fest, daß unsere Waldbewirtschaftung - auch unabhängig von solchen Planungsprozeduren - von Experten als naturnah eingestuft wird. Die Aufbereitung einer Kartierung der Waldgesellschaften, als Grundlage für eine weitere Planung, erfolge derzeit. Andererseits sei vorgesehen für 2003 einen nationalen Plan zur Forstwirtschaft zu erstellen, der den Rahmen für weitere Initiativen abgeben soll.

Privatwälder

Die Fläche der Privatwälder in Luxemburg begreift ca 50 000 ha (55% des Luxemburger Waldes). Laut J. J. Erasmay hat die Forstverwaltung diesbezüglich insofern einen Einfluß, als Laubhölzer verstärkt vom Staat gefördert werden (Buchen / Eichen mit 150.000.-/ ha; andere Laubgehölze mit 100.000.-/ ha und Fichten nur mit 25.000.-/ ha). Es gebe allerdings eine ungenügende professionelle Struktur der Waldbewirtschaftung (bedingt u.a. durch eine extreme Parzellierung) und nur wenige regionale Zusammenschlüsse von Eigentümern. Die Frage, in wiefern die Forstverwaltung nicht - wie vor Jahren schon vorgeschlagen - eine spezielle Abteilung für die Beratung von Privatwaldeigentümern erhalten sollte, stehe weiterhin im Raum.

Regionale Holzwirtschaft

Ein Problem stellt bekanntlich die völlig ungenügende Verarbeitung von einheimischem Holz in Luxemburg selbst bzw. in der Großregion dar. Der Mouvement Ecologique bedauert diese Tatsache und weist in diesem Zusammenhang auf Anstrengungen hin, die in der Großregion schon im Hinblick auf eine regionale Holzverwertung gemacht wurden. Seitens des neuen Forstdirektors wurde über entsprechende Initiativen der Verwaltung in diesem Sinne berichtet, die jedoch ohne Erfolg blieben. Luxemburger Buchen z.B. müßten aufgrund der Marktlage als Stammholz bis nach China verkauft werden; in Luxemburg selbst gebe es keine Sägerei mehr für Laubholz. Die Frage ist, in wiefern eine Zertifizierung von Holz diesbezüglich einen Anreiz für eine ökologisch und wirtschaftlich weitaus sinnvollere regionale Vermarktung und Verarbeitung darstellen kann.

Jagd und Wald

Übereinstimmung herrscht in der Frage der generell zu hohen Wilddichte, was das Schalenwild angeht. Der Mouvement Ecologique schlägt vor, daß auf der Ebene des Obersten Jagdrates - in Zusammenarbeit mit einem anerkannten Experten - diese Problematik auf nationaler Ebene erörtert wird. Notwendige Maßnahmen müßten jedoch auch die notwendige gesellschaftliche Akzeptanz finden, was nach Ansicht des Mouvement Ecologique für die Treibjagd im "Bambësch" nicht unbedingt gegeben war.

Forstverwaltung und Naturschutz

Z.T. unterschiedliche Standpunkte gab es in der Unterredung über die weitere Entwicklung im Bereich Naturschutz. Zwei Audits sind in diesem Zusammenhang bekanntlich gemacht worden. Ein Audit betrifft den Zustand der natürlichen Umwelt und spricht sich für die Schaffung einer autonomen Naturschutzstruktur bzw. für eine wissenschaftlichere Grundlage des Naturschutzes in Luxemburg aus. Das zweite betrifft ausschließlich die Verwaltungsstruktur der Forstverwaltung und schlägt vor, daß der Naturschutz in der Forstverwaltung verbleiben solle; zu diesem Zwecke soll die Anzahl der Forstbezirke erhöht werden und Forstbeamte sich dort sowohl um Forstwirtschaft als auch um Naturschutz kümmern. Für den Mouvement Ecologique ist die Perspektive, die Forstverwaltung in eine Naturschutzverwaltung umzustrukturieren, zwar nicht a priori ausgeschlossen, jedoch an eine Reihe von Rahmenbedingungen geknüpft:



"In der Verbindung von umweltpolitischen, wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen liegen für eine regionale Vermarktung und Verarbeitung einheimischen Holzes neue Absatzchancen."

Naturschutz brauche eine interdisziplinäre Vorgehensweise und daher neben Förstern und Forstingenieuren, in erster Linie Landschaftsökologen, Biologen, Naturschutzfachleute, Agraringenieure u.a.m. Dies sowohl auf der Entscheidungsebene, als auch vor Ort. Aufgrund der in einer Verwaltung üblichen (Alters-) Hierarchie wäre besonders die Übergangsperiode äußerst problematisch.

Der neue Forstdirektor pflichtet der Notwendigkeit eines zusätzlichen Qualifikationsbedarfes zu. Dies bedinge letztlich eine politische Entscheidung zur Einstellung einer Reihe von Fachleuten mit diesen Qualifikationen. Positiv sei, daß im Lycée Technique agricole die Förster eine bessere Ausbildung in Sachen Ökologie erhielten und ein Schwerpunkt dabei immer mehr auf Naturschutz gelegt würde.

Holzzertifizierung

Hier steht eine politische Entscheidung noch aus, nach welchem Label die Staatswälder zertifiziert werden sollen. Zur Zeit unterstützt das Landwirtschaftsministerium (dem die Forstverwaltung auch untersteht!) die Zertifizierung nach einem rein europäischen System, während das Umweltministerium - wie auch alle Umweltorganisationen - das weltweit geltende FSC-System befürwortet.

Der neue Forstdirektor möchte sich aufgrund der noch ausstehenden politischen Entscheidung nicht festlegen, erklärt jedoch die Bereitschaft seiner Verwaltung, im Rahmen einer Studie, die derzeit zur FSC-Zertifizierung läuft, mitzuarbeiten.



Auch in Luxemburg gibt es demnächst eine repräsentative Ausweisung von Naturwaldzellen ("Naturbësch"). Die Initiative hierzu ging nicht von der Forstverwaltung aus. Diese unterstützt jedoch unter der neuen Direktion die Schaffung eines regelrechten Netzes an Naturreservaten im Wald.

Wat ass lass?

Im Rahmen des Programms zum Schutz der Obstwiesen lädt die Biologische Station Westen, SICONA-Zentrum, SICONA-Westen Sie herzlich ein zu Ihren Obstbaumschnittkursen zum Thema:

Der richtige Schnitt alter Hochstammobstbäume

Die Schnittkurse werden an folgenden Daten angeboten:

- Samstag, den 2. März 2002 in Dippach
- Sonntag, den 3. März 2002 in Reckingen/Mersch
- Samstag, den 23. März 2002 in Dellen (Grosbous)
- Sonntag, den 24. März 2002 in Dippach

Die Kurse bestehen jeweils aus einer theoretischen Einführung im Saal (1000 - 1200) und einem praktischen Teil mit Übungen in einer Obstwiese (1330 - 1730). Ein gemeinsames Mittagessen ist möglich. Pro Kurs können 15 bis 20 Personen teilnehmen.

Die Treffpunkte sind folgende:

- Kurse in Dippach: Centre culturel Dippach, 64a, rte de Luxembourg
- Kurs in Reckingen/Mersch: alte Schule, rue du Coin
- Kurs in Dellen: Festsaal Dellen

Bringen Sie bitte dem Wetter entsprechende Kleidung, feste Schuhe und -falls vorhanden- Ihre Werkzeuge mit.

Anmeldung und weitere Informationen können Sie unter der Nummer 263037-25 (morgens) bei der Biologischen Station Westen erhalten. Die Kurse sind kostenlos.

Terminer

D'Regional Diddeleng vum Mouvement Ecologique organiséiert vum **6. Mäerz bis den 24. Abrëll** (27. Mäerz an 3. Abrëll kee Cours wéinst der Ouschterevakanz) e

vegetaresche Vollwertkachcours

mam Lydie Muller-Philippy, Autorin vum Kachbuch "Natiirlech genéissen".

De Cours ass 6mol Mëttwochs owes um 19.00 Auer an der Schoul "Widde" zu Kayl. Am Cours ginn pro Owend komplett Menuer (Zalot, Entrée, Haaptplat an Dessert) vun de Leit, déi um Kachcours deelhuele, gekacht.

De Cours kascht 110.- Euro fir Mëmbere vum Mouvement Ecologique, resp. 120.- Euro fir Nët-Mëmbere.

Umellen kann een sech beim Mouvement Ecologique, Tel. 43 90 30.

De Mouvement Ecologique luedt jiddferen häerzlech an op en Informatiouns- an Diskussiounsowend zum Thema

Energiepolitik - wuer stéiere mer hinn, zu Lëtzebuerg an op EU-Niveau?

den Meinden, den 18. Mäerz um 20.00 am Ekologeschen Zenter Pafendall.

De Claude Turmes, Déi Gréng, dien als Europadeputéierten ganz aktiv ass am Beräich Energiepolitik a während Joeren Mëmbere vum Verwaltungsrot vum Mouvement Ecologique war, wäert virstellen, wat am Ablack esou op EU-Niveau leeft, wat dat fir Lëtzebuerg heescht. Theme sin e.a.

- EU-Strom - Liberaliséierung: Konsequenze fir d'EU am allgemengen a fir Letzebuerg am besonneschen

- EURATOM: 50 Jahre si genug: Am Joer 2007 kritt den Euratom-Vertrag 50. Joer. Wat heescht dat fir d'Entwécklung / Förderung vun der Atomkraft? Wéi eng Reforme stinn do un?

- "Energy Intelligent Europe": wat mescht d'EU a punkto Energieeffizienz an erneierbar Energien?

En interessanten Owend, fir jiddferen dien sech emol informéiere well (och wann een sech bis elo nët oder manner mam Thema ausenanergesat huet) oder fir Leit, di wellen hëllef d'Actioun vum Meco mat prägen.

De Mouvement Ecologique luedt jiddferen an op en Diskussiouns- / Aarbechtsgrupp

Fir eng ekologesch Gemengepolitik

den Mettwoch, den 20. Mäerz um 20.00 am Pafendall.

Um ordre du jour steet e.a. den Aktiounsdaag 22. September. Wéi emmer soll de Gemengegrupp d'Meiglechkeet vun engem Iddienaustausch sinn a gleichzeitig derzou bäidroën, dem Mouvement Ecologique seng Positioun zu wichtege Themen ze bereichere.

Jiddferen ass häerzlech agelueden, och Leit, déi soss nach nët derbäi waren ma sech einfach fir den Thema interesséieren

Klimabündnis Lëtzebuerg

Aktiounsdaag 22. September 2002: Manner Auto – Méi Liewensqualität

Die Vorbereitungen zum Aktionstag 2002 unter der Federführung des Umweltministeriums sind angelaufen. Die Gemeinden sind aufgerufen, frühzeitig mit der Organisation ihrer Aktionen zu beginnen. Aus einer ersten Versammlung im Umweltministerium ist folgendes festzuhalten:

- das Umweltministerium koordiniert die Aktionen, richtet eine spezielle Home-Page ein und wird eine nationale Pressekampagne starten. Auf lokaler Ebene sollen die Gemeinden selbst für die nötigen Informationen an ihre Bevölkerung sorgen
- größeres Gewicht soll in diesem Jahr auf die Berichte der lokalen Aktionen gelegt werden
- das Umweltministerium will Jugendliche stärker für diesen Aktionstag gewinnen
- die Gemeinden sind aufgerufen, die internationale Charta zum Aktionstag zu unterzeichnen (www.emweltzenter.lu unter klimabündnis, car free day).

Mit diesem Aktionstag kann ein Zeichen für eine andere Mobilität gesetzt werden. Die Erfahrungen vor allem des letztjährigen Aktionstages waren durchweg positiv. Es sollte versucht werden, die verschiedenen Akteure (vor allem lokale Geschäftleute) in den Aktionstag miteinzubinden. Zudem hat eine ILRES-Umfrage im Auftrag des Klimabündnisses ergeben, daß ein Aktionstag 'Een Daag ouni Auto' auf 80%-Zustimmung in der Bevölkerung stößt.

An die Mitglieder von Umwelt- und Verkehrskommissionen:

Damit die Planung in ihrer Gemeinde rechtzeitig anlaufen

kann, sollten bereits jetzt die Vorbereitungen in den Kommissionen getroffen werden. Das Klimabündnis stellt dazu einen Katalog von möglichen Aktionen zur Verfügung (www.emweltzenter.lu unter Klimabündnis, car free day) und kann Ihnen Informationen zu den Aktionen in den Klimabündnisgemeinden zukommen lassen (Tel.: 26094384). Sorgen Sie ebenfalls dafür, daß die internationale Charta zum 'Car free day' im Gemeinderat diskutiert und verabschiedet wird. Signalisieren Sie dem Umweltministerium (Ansprechperson: Henri Haine) die Bereitschaft ihrer Gemeinde sich am Aktionstag zu beteiligen.

Erdölverbrauch in den Industrieländern, Erdölgewinnung in den Entwicklungsländern – eine ungleiche Beziehung

Als Hauptkonsumenten des Rohstoffs 'Erdöl' tragen die Menschen in den Industrieländern große Verantwortung für den Umgang mit diesem endlichen Rohstoff. Während die

Industrieländer von den 'Vorteilen' des Erdöls profitieren, sind die Menschen in den Entwicklungsländern vor allem von den negativen Folgen dieses Rohstoffes betroffen. Umweltzerstörung in den Fördergebieten, fehlende Teilhabe an den ökonomischen Profiten des Erdölhandels sowie nicht zuletzt die globale Klimaerwärmung durch den verstärkten Treibhauseffekt treffen in erster Linie die an sich schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen in den Entwicklungsländern.

Die Klimabündnisgemeinden unterstützen daher ein Projekt im Ecuador, wo es darum geht die Rechte der indigenen Bevölkerung im Zusammenhang mit der Erdölförderung zu wahren. Im Zusammenhang mit dem 22. September kann das Thema 'Mobilität und Erdölverbrauch' auch aus entwicklungspolitischer Sicht betrachtet werden. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die nationale Nord-Süd Koordination des Klimabündnis: ASTM 400427-30.

'Lëtzeburger Journal' vom 30. Januar 2002

Wintersturm „Jennifer“ und die Klimaerwärmung
Meteorologen: Warme Winter begünstigen Flut und Sturm

Wit „Jennifer“ hat die diesjährige Sturm-Saison eröffnet. Trotz der überhöhten Temperaturen vorläufige mehr als zehn Grad war das Tief aber kein Frühjahrssturm. Für die Meteorologen ist der Frühling noch weit entfernt.

Klimaforscher warnen „Jennifer“ aber als Hinweis auf die erhöhte Unwettergefahr. Winterstürme sind Folge der weltweiten Klimaerwärmung. Für einen klassischen Wintersturm muss eine sogenannte Westwetterlage herrschen.

Das ist eine intensive Westwindstörung, die Tief vom Nordatlantik nach Europa lenkt. Dort drücken, wo die Stürme „gemacht“ werden, bilden sich jährlich 150 bis 200 Stürme ab. Eigentlich erreicht nur eine kleine Zahl von ihnen das Kontinent.

Dieses Phänomen ist in Studien seit den achtziger Jahren nachgewiesen. Auch die Häufigkeit von Überschwemmungen nimmt zu, weil es mehr Niederschlag und mehr Tauwasser gibt. Allgemein erwarten Klimaforscher als Folge der globalen Erwärmung eine Zunahme von Extremwetterereignissen. Der Klimawandel könnte auch andere Wetterereignisse im Klimasystem in Mitleidenschaft ziehen, wie zum Beispiel die Häufigkeit von Überschwemmungen.

Es tut sich was in der Transportpolitik in Luxemburg. Angesichts der scheinbaren Straßenbauwut der Bautenverwaltung gründen sich einerseits mehr und mehr lokale und regionale Bürgerinitiativen, die sich für den Schutz ihrer Lebensqualität einsetzen.

Andererseits ist so manches Regierungsmitglied in diesem Bereich aktiv (wenn auch scheinbar z.T. jeder für sich alleine, ohne direkte Abstimmung mit der gesamten Regierung). Der Transportminister legt seine Vorschläge für die Entwicklung des Schienenverkehrs vor, der Innenminister versucht in direkter Zusammenarbeit mit dem Bautenministerium eine Gesamtplanung in die Wege zu leiten, das Bautenministerium seinerseits versucht aber losgelöst von dieser Gesamtplanung noch neue Straßenbauprojekte zu verabschieden ...

Der Mouvement Ecologique hat im Rahmen einer Pressekonferenz ein bis dahin nicht öffentliches Dokument betreffend die Transportpolitik der Regierung, publik gemacht. In den letzten Tagen wurde dieses jedem Mitglied in dem Faltblatt **"Wird die Chance für eine Verkehrswende vertan? Luxemburg braucht eine transportpolitische und landesplanerische Gesamtstrategie"** zugestellt.

Diese Stellungnahme wurde zahlreichen politischen Akteuren zugestellt. Im folgenden veröffentlichen wir den diesbezüglichen Begleitbrief.

Der Mouvement Ecologique unterstützt, wie in der Vergangenheit, lokale und regionale Bürgerinitiativen in diesem Zusammenhang. Wir veröffentlichen nachstehend einen Bericht über die Gründungsversammlung der "Lokalinitiative géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeg!".

"Lokalinitiative géint eng Autobunn duerch oder laanscht d'Gemeng Kéinzeg!":

Erste erfolgreiche Informationsversammlung in Kützig

Rund 250 interessierte Einwohner der knapp 825 Haushalte zählenden Gemeinde im Südwesten des Landes hatten sich am vergangenen 28. Januar im Festsaal in Kützig eingefunden. Präsent war auch der (fast) komplett erschienene Gemeinderat mit Bürgermeister Hautus an dessen Spitze. Ziel und Zweck des Abends sollte es sein, das sonderzweifel bestehende Manko an Information und Diskussion zu beheben.

In seinem ausführlichen Vortrag ging Jeannot Muller, Präsident und Sprecher der neugegründeten "Lokalinitiative", chronologisch auf eine Fülle von Fakten und Informationen ein. Speziell an Hand von zahlreichem Kartenmaterial wurden dabei recht übersichtlich die zum Teil gigantischen Bauprojekte erläutert, welche in absehbarer Zeit erschreckenderweise Gefahr laufen im Raume Kützig etappenweise verwirklicht zu werden:

- Bau einer **Verbindungsautobahn**, welche das belgische Autobahnnetz bei Weyler/Arlon mit dem französischen Autobahnnetz in Richtung Longwy/Thionville hin bei Aubange verknüpfen soll; ein diesbezüglicher Plan im Maßstab 1:10.000 aus der "Direction Générale des Autoroutes et des Routes / Ministère Wallon de l'Équipement et des Transports" in Arlon stammt aus dem Jahre 1998 und verdeutlicht unmissverständlich wie nahe (weniger als 100 m!) besagtes vierspuriges Autobahnstück sich der luxemburgischen Grenze genau bei Kützig nähern wird;

- Bau einer weiteren vierspurigen **Transitautobahn**, welche sich am neugeplanten Verteilerkreuz bei Sélange anschließt, sich dann an Wohngebieten der Ortschaften

Wird die Chance für eine Verkehrswende vertan?

Kützig und Linger entlang bis zum Verkehrsknotenpunkt "Biff" in Niederkerschen erstreckt, dort den Anschluß an die "Collectrice du Sud" findet und damit u.a. eine direkte Transitstrecke zur neugebauten Saarautohahn herstellt;

- früher oder später würde die neue Transitautobahn eine **Doppelgroßtankstelle bei Kützig** mit sich ziehen um damit zu verhindern, daß der Transitverkehr sich weiterhin seinen Weg über die Arloner Autobahn sucht um an der "Aire de Capellen" oder auf Windhof aufzutanken (Tanktourismus);

- schlußendlich befürchtet man ebenfalls den Bau einer mehr oder weniger großen lokalen **Aktivitäts- oder Industriezone** auf dem Gebiet der Gemeinde Kützig mit direktem Zugang zum neugeplanten Autobahnstück.

Im weiteren Verlauf des Abends wurde mehrmals darauf hingewiesen, daß diese einseitige autobahnfixierte Planung auf die Dauer hin kein Verkehrsproblem grundlegend lösen könnte, sondern nur noch weitere erhebliche Probleme hinzufügen würde. Kützig sei jedoch keinesfalls gewillt einen derart teuren Preis zu zahlen, nur damit einerseits die Umgehung der Hauptstadt teilweise vom Transitverkehr entbunden würde und andererseits die neugeplanten Transitverbindungen im Raume Kützig zusätzliche Verkehrsströme (beispielsweise in und aus den Industriebrachen bei Esch/Beval) verkraften müßten. Zutiefst erbot zeigte man sich auch darüber, daß diese gewagten Teilplanungen wiederum ohne ein doch dringend notwendiges und allgemein gefordertes Gesamtverkehrskonzept umgesetzt werden sollen, daß der Regierungsrat am 25. Januar 2002 angekündigt hat verschiedene Straßenbauprojekte aus sogenannten Dringlichkeitsgründen bereits voreilig vor dem Erstellen eines Gesamtverkehrskonzeptes zu verwirklichen, daß es in punkto Öffentlicher Transport noch immer an innovativen und attraktiven Ideen fehlt, daß die betroffenen Gemeinden nicht von Anfang an aktiv in die jeweiligen Planungsprozesse miteinbezogen werden, daß die jetzt wiederbelebten Pläne schon vor gut 30 Jahren entstanden sind und demnach den heutigen Erkenntnissen und Möglichkeiten kaum Rechnung tragen können. Bedauert und kritisiert wurde auch das bisherige zu passive Verhalten der Gemeindeführung sowie das Fehlen einer

offiziell und schriftlich verfaßten Verlautbarung des gesamten Gemeinderates welcher sich so gegen die vorher beschriebenen Projekte klar und deutlich aussprechen würde. Diesbezüglich erwartet sich die "Lokalinitiative" seitens der lokalen Gemeindeführung demnächst ein bei weitem forscheres Vorgehen im Interesse der gesamten Einwohnerschaft.

Der Vertreter des "Mouvement Ecologique", Francis Hengen, erläuterte seinerseits den aufmerksamen Zuhörern die Vielfalt der zur Zeit zur Diskussion stehenden Straßenverbindungen im Süden und Süd/Westen des Landes und konnte an Hand einer durchaus übersichtlichen Karte die verschiedenen Zusammenhänge und Hintergründe genauestens erklären. Anschließend bezog Bürgermeister Hautus Stellung zu den an die Adresse der Gemeindeführung gerichteten Fragen, Kritiken und Erwartungen. In seiner knappen Stellungnahme unterstrich der Bürgermeister unmißverständlich, daß der Schöffenrat die "Lokalinitiative" in ihren lobenswerten Anstrengungen vollends unterstützen werde. Des weiteren werde er sich erfahrungsgemäß "mit Händen und Füßen" gegen die sich anbahnenden Bauprojekte zur Wehr setzen, vergleichbar übrigens mit den vor einigen Jahren erfolgreich verlaufenden Bestrebungen das Verlegen von Hochspannungsleitungen über Wohngebiete in Kützig zu verhindern. Nach einem erst kürzlich stattgefundenen klärenden Gespräch mit Staatssekretär Berger aus dem Umweltministerium sieht der Bürgermeister ebenfalls hoffnungsvoll einer eventuellen Einstufung von bestimmten Grünflächen ("zones vertes interurbaines") zwischen Dippach und Kützig entgegen. Inwieweit dieses Vorhaben jedoch den befürchteten Bau der vorher beschriebenen Transitautobahnen verhindern vermag bleibt weiterhin fraglich.

In seinem Schlußwort unterstrich der Sprecher der "Lokalinitiative", daß demnächst ein Gespräch mit der Bautenministerin anstehe und daß die weiteren Schritte des Schöffen- und Gemeinderates äußerst interessiert verfolgt und kommentiert würden. Gespräche würden auch noch mit den Vertretern der lokalen Parteisektionen (CSV, DP, LSAP) und dem BIGK angefragt werden um auch hier die nötige Unterstützung zu finden.

Mesdames, Messieurs,

Le Mouvement Ecologique félicite le gouvernement de la décision de faire élaborer un concept intégré de mobilité et d'aménagement du territoire (« Intégratives Verkehrs- und Landesentwicklungskonzept » - IVL). Un tel concept - élaboré en étroite collaboration avec les communes - permettra de mettre en relation l'utilisation actuelle et future de l'espace et une gestion durable de la mobilité.

A notre avis, le changement de paradigme qu'entraîne forcément un tel concept ne devra pas être hypothéqué a priori par la création de faits accomplis : le fait que l'administration des Ponts et Chaussées entend réaliser un nombre impressionnant de nouveaux projets routiers (dont l'élargissement de l'assise des autoroutes d'Arlon et de Dudelange à 2 x 3 voies ainsi que la variante Ouest de la route du Nord) indépendamment du concept intégré est contraire à toute logique. A moins qu'il s'agisse de cette fameuse logique dite « de construction » qui précisément a conduit notre pays au bout de l'impasse en matière de transports.

Notre mouvement vous demande avec insistance de tout mettre en œuvre pour éviter la création de nouveaux faits accomplis risquant de mettre en cause a priori les chances d'un concept intégré.

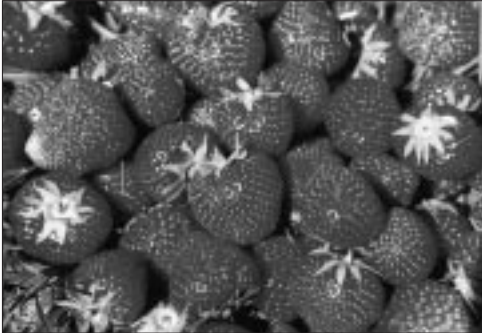
Notre mouvement est par ailleurs d'avis que le concept dit « mobilité.lu » devrait être subordonné, tout comme les projets routiers, aux impératifs de l'aménagement du territoire. Aussi louables que soient certains éléments du concept « mobilité.lu », les relations avec certains aspects de l'aménagement du territoire ne nous semblent pas évidentes: à part le raccordement de Beval/Ouest, ne faudrait-il pas également avoir une vision d'ensemble d'un raccordement train-tram des friches industrielles resp. également des zones d'activités? Le cas de la Cloche d'Or et des zones d'activités des alentours est dans ce contexte symptomatique: comment atteindre un modal split de 25 % alors qu'il n'y a pas de raccordement direct de tels zones au rail?

Des mesures d'urgence au niveau de l'aménagement du territoire s'imposent à notre avis dans ce contexte: une autorisation pour une nouvelle zone d'activité ou un lotissement important resp. une nouvelle phase de réalisation d'un tel projet devrait impérativement être subordonnée à un raccordement aux transports publics. Des concepts de mobilité au niveau de moyennes et de grandes entreprises resp. de zones d'activités devraient faire l'objet d'un système d'aides.

Notre mouvement demande par ailleurs que la centrale de mobilité - en vue de laquelle il avait déjà présenté des propositions très concrètes - soit réalisée à court terme resp. que des activités d'une telle centrale soient confiées dans l'immédiat à un organe déjà existant, ceci en attendant la création de la centrale.

D'Stftung Oeko-Fonds

Ein nach ökologischen Kriterien bewirtschaftetes Erdbeerfeld in Steinsel



Nachdem die Stiftung Öko-Fonds auf der Oeko-Foire einen Spendenaufruf für ein nach biologischen Kriterien bewirtschaftetes Erdbeerfeld startete, haben sich jetzt auch Partner zur Durchführung dieses Projektes gefunden.

Das Erdbeerfeld wird auf dem Gelände der wohl als landesweit bekannten 'Erdbeergemeinde' Steinsel angelegt. Um den Zielen des Projektes gerecht zu werden, stammt bereits das Pflanzgut aus ökologischer Erzeugung. Es ist uns wichtig, ein regionales Produkt zu fördern, wobei die Qualität des Produktes vor der Quantität steht. Außerdem werden die Erdbeeren weitgehendst vor Ort verkauft. Um die Vielfalt der Sorten zu veranschaulichen beziehungsweise die Vor- und Nachteile verschiedener Sorten zu testen, soll zusätzlich ein Versuchsfeld angelegt werden. Auf letzterem könnten auch ältere, bereits in Vergessenheit geratene, Sorten angeboten werden. Damit der Verbraucher mehr über das Produkt in Erfahrung bringen kann, wird Informationsmaterial ausgearbeitet.

Ein weiteres Ziel des Projektes ist die Einbindung sozial benachteiligter Gruppen. Demzufolge wird arbeitslosen Menschen die Möglichkeit geboten, in den 'normalen' Arbeitsprozeß eingebunden zu werden. Es wird sinnvolle Arbeit geleistet und nicht bloß Beschäftigungstherapie betrieben. Das Integrationspotential wird erhöht. Im allgemeinen wird für die anfallenden Arbeiten so weit wie möglich auf lokale bzw. auf regionale Arbeitskräfte zurückgegriffen.

Da nach Erdbeerkulturen eine mindestens drei- bis vierjährige Anbauphase eingeschaltet werden soll, muß eine größere Anbaufläche zur Verfügung stehen. So wird ein Teil der Fläche mit Erdbeeren bepflanzt und der restliche Teil mit geeigneten Vorkulturen. Die Bewirtschaftung dieser Fläche erfolgt ebenfalls nach biologischen Kriterien und wird in unserem Projekt in Zusammenarbeit mit einem Landwirten durchgeführt.

Nun bleibt nur noch zu hoffen, daß sich die bereits gepflanzten Erdbeerpflanzen gut entwickeln, damit Sie schon bald die Erdbeeren aus Steinsel genießen können.

An dieser Stelle bedanken wir uns bei allen Leuten, die das Projekt bereits mit einer Spende unterstützen.

Für weiter Fragen steht Ihnen die Stiftung Öko-Fonds unter der Nummer 43 85 85 gerne zur Verfügung.

Demnächst größere Artenvielfalt auf Luxemburgs Äckern?

Suche nach geeigneten Energiepflanzen geht weiter

Rezente Untersuchungen aus dem In- und Ausland belegen, daß bei der alleinigen Vergärung von organischen Abfällen (Gülle, Mist) aus Tierbeständen bis 100 GVE (=Großvieheinheit) die Wirtschaftlichkeit trotz der verbesserten Rahmenbedingungen nur schwer erreichbar ist. Soll eine Biogasanlage einen wesentlichen Beitrag zum Gewinn eines landwirtschaftlichen Betriebes dieser Größe leisten, so müssen mit dem organischen Dünger sogenannte Kosubstrate gemeinsam fermentiert werden.



Daher ist bei vielen Betreibern landwirtschaftlicher Biogasanlagen das Interesse groß, betriebseigene Kosubstrate - und hierbei insbesondere sogenannte Energiepflanzen (Rüben, Mais, Gras, Sonnenblumen, usw.) - in ihren Biogasanlagen einzusetzen.

Seit 2000, d.h. seit der Umsetzung der EU-Verordnung 2461/1999, ist es den Landwirten auch hierzulande erlaubt auf Stilllegungsflächen Energiepflanzen zum Zwecke der Biogaserzeugung auf Stilllegungsflächen anzubauen. Da bisher aber kaum Erkenntnisse über die geeignetsten Pflanzen vorlagen, hat sich die «Ökologisch Landwirtschaftsberatung» dazu entschlossen, auf dem Everlinger Versuchsfeld einen dreijährigen Versuch durchzuführen. Neben pflanzenbaulichen und ökologischen Aspekten werden auch die Wirtschaftlichkeit der verschiedenen Energiepflanzen untersucht. Dies geschieht u.a. in Zusammenarbeit mit der Universität Hohenheim sowie der finanziellen Unterstützung der Ackerbauverwaltung. In puncto Energiepotential haben sich nach dem ersten Anbaujahr dabei Mais und Futterrüben als besonders interessant erwiesen (die Versuchsergebnisse sind u.a. im Bauerekalender 2002 veröffentlicht worden).

2001 hat sich das hierzulande bisher nicht angebaute Sudangras in puncto Ganzpflanzenertrag als Alternative zu Silomais erwiesen, dies insbesondere für die etwas schwierigeren Anbaubedingungen des Öslings. Im Vergleich zu Mais scheint diese Pflanze auch umweltverträglicher (Erosionsschutz) zu sein. Die erzielten Resultate bedürfen allerdings einer Bestätigung. Zudem wird derzeit an der Uni Hohenheim das Energiepotential dieser Pflanze festgestellt. Man darf also gespannt sein, ob diese oder andere Pflanzenarten in Zukunft zu einer größeren Artenvielfalt auf unseren Äckern beitragen können.

Ökologische Gesamtbetrachtung des neuen Zentralgebäudes der Offenen Haftvollzugsanstalt in Givenich

Die geplante Erweiterung der Strafvollzugsanstalt Givenich wurde auf Wunsch des Bauherrn, der Bautenverwaltung, einer ökologischen Gesamtbetrachtung unterzogen.

Folgende ökologische Kriterien wurden in der Studie berücksichtigt: Rationelle Energienutzung und Reduzierung der Schadstoffe. Für den Teil "Schadstoffreduziertes Bauen" zeichnet die Bauberatung der Stiftung Öko-Fonds verantwortlich, für den der rationellen Energienutzung der "Service d'énergie" von Lux-Controll. Gemeinsam mit dem Architektenbüro Witry & Witry wurde zu Beginn der Studie ein Kriterienkatalog erarbeitet, in dem auch Aspekte des Stoffkreislaufes - also von der Herstellung, Anwendung, Nutzung bis hin zur Demontage oder zur Wiederverwertung - erfaßt werden sollten.

Die Bewertung der einzelnen Baumaterialien basiert auf dem von der Stiftung Öko-Fonds verfaßten ökologischen Leitfaden für den Bau und die

Renovierung von öffentlichen Gebäuden. Ziel war es, nur Materialien zu verwenden, die laut diesem Leitfaden zu empfehlen sind.

Tél.: 43 84 84
Fax: 42 22 42
e-mail: Bauberodung@emweltcenter.lu

An die Zukunft denken - Mensch und Natur etwas schenken

Unterstützen Sie die Pilotprojekte der Stiftung Oeko-Fonds!

Mit Ihrer Spende helfen Sie die wichtigen Pilotprojekte der Stiftung Oeko-Fonds und des Mouvement Ecologique für eine zukunftsfähige Gesellschaft zu verwirklichen.

Spenden ab 5000.- Fr pro Jahr können vom steuerbaren Einkommen abgesetzt werden (Kumulierung mit anderen Spenden möglich). Sie erhalten automatisch die nötigen Belege und Informationen über unsere Arbeit. Unterstützen können Sie uns durch einen Dauerauftrag oder durch Einzelspenden. Vielen Dank im voraus.

Stiftung OEKO-FONDS; 6, rue Vauban; L-2663 Luxembourg Tel. 43 85 85 FAX 42 22 42

CCP 73418-86

CEE 1100/4403-9